

Bundesminister für Wirtschaft und Energie
Herrn Peter Altmaier, MdB
Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
11019 Berlin

**Streitbeitritt der Bundesrepublik Deutschland im Kartell-Verfahren vor dem EuG
Beitritt zu Gunsten von E.ON und RWE**

23.10.2020

Sehr geehrter Herr Bundesminister, sehr geehrter Herr Altmaier,

die beiden größten deutschen Energieunternehmen haben 2018 entschieden, den Energiemarkt zwischen sich aufzuteilen, indem RWE der größte Stromerzeuger wird und E.ON den Vertrieb und den Netzbetrieb dominieren soll. Hierdurch erleben wir eine beispiellose Neuordnung des Energiemarkts – zum Nachteil der Kunden und Verbraucher. Gleichzeitig wird das deutsche Erfolgsmodell der dezentralen Daseinsvorsorge mit ihren kommunal geprägten Stadtwerken und regionalen Energieversorgern gefährdet.

Trotz der begründeten Kritik haben die zuständigen Kartellbehörden das Vorhaben unter nur minimalen Auflagen freigegeben. Dies muss gerichtlich überprüft werden, was derzeit geschieht. Die Bundesrepublik Deutschland ist nun – auf Ihre Veranlassung hin – dem Rechtsstreit zu Gunsten von E.ON und RWE beigetreten. Das heißt, Sie streiten künftig an der Seite der zwei marktbeherrschenden Unternehmen und damit gegen einen fairen Wettbewerb.

Das Signal, das Sie damit senden, ist klar: Die Bundesregierung will E.ON und RWE als „nationale Champions“ sehen. Aber mit welcher Begründung und zu welchem Preis? Die Anbietervielfalt in Deutschland wird hintangestellt zu Lasten einer seit Generationen sicheren, dezentralen Energieversorgung – und zu Gunsten der überwiegend ausländischen Investoren von E.ON und RWE.

Wir fordern Sie auf, sich für einen fairen Wettbewerb in der deutschen Energiewirtschaft einzusetzen statt für „nationale Champions“! Setzen Sie sich aktiv für wirksame Auflagen im E.ON-RWE-Deal ein. Beseitigen Sie Wettbewerbshindernisse für mittelständische und kommunale Energieversorgungsunternehmen im Beihilfe-, Vergabe- und Gemeindefinanzierungsrecht. Schaffen Sie faire und ausgewogene Regeln für Vergleichsportale sowie die Pflicht, Daten bereitzustellen. Verhindern Sie die Bildung neuer Oligopole, z. B. beim Messstellenbetrieb und bei neuen digitalen Plattformen.

Dies alles dient dem fairen Wettbewerb, schützt Kunden und Verbraucher und sichert zugleich regionale Wertschöpfung.

Die Bürger vor Ort und ihre Kommunen tragen die Hauptlast der Energiewende. Lassen Sie die Wertschöpfung in den Ländern und Kommunen vor Ort. Hier wird die neue Energiewelt aktiv gestaltet und umgesetzt – bitte lassen Sie uns auch weiterhin unseren Beitrag dazu leisten!

Mit freundlichen Grüßen

Roland Warner, Geschäftsführer
eins energie in sachsen GmbH & Co. KG

Dr. Susanna Zapreva, Vorstandsvorsitzende
enercity AG

Dr. Frank Brinkmann, Geschäftsführer
EnergieVerbund Dresden GmbH (EVD)

Ursula Gellnerer, Geschäftsführerin
DREWAG – Stadtwerke Dresden GmbH

Carsten Hoffmann, Vorstand
GGEW, Gruppen Gas- u. Elektrizitätswerk Bergstraße AG

Karsten Rogall, Geschäftsführer
Leipziger Stadtwerke GmbH

Dr. Constantin H. Alsheimer, Vorstandsvorsitzender
Mainova AG

Olaf Schneider, Geschäftsführer
EVH GmbH

Peter Arnold, Geschäftsführer
Stadtwerke Frankfurt am Main Holding GmbH

Susanne Treptow, Geschäftsführerin
GWS Stadtwerke Hameln GmbH

Stefan G. Reindl, Sprecher des Vorstands
Thüringer Energie AG (TEAG)

Ingbert Liebing, Hauptgeschäftsführer
VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN e. V.

Dr. Frank Brinkmann, Vorstandsvorsitzender
ENSO Energie Sachsen Ost AG